Neuvermessung des Existenzminimums

Zum Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Wie viel Geld braucht ein Mensch in Deutschland für ein menschenwürdiges Leben? Eine Antwort in Euro und Cent sucht man in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 9. Februar 2010, mit dem die Vorschriften des SGB II über die Regelleistungen und das Sozialgeld für Kinder für verfassungswidrig erklärt wurden, vergebens. Das höchste Gericht bestätigt den Primat der Politik bei der Ausgestaltung, Konkretisierung und Aktualisierung des Existenzminimums. Zur Enttäuschung der KlägerInnen in den Ausgangsverfahren und vieler Hartz IV-EmpfängerInnen stellt das Gericht – auch argumentativ und dogmatisch wenig überzeugend – für die bisherige Rechtslage sogar fest, dass „eine evidente Unterschreitung des menschenwürdigen Existenzminimums nicht feststellbar“ ist. Und das, obwohl die Regelsätze in nicht verfassungskonformer Weise zustande gekommen sind.

Worin liegt gleichwohl der Wert dieses Grundsatzurteils? Das BVerfG stellt grundlegende verfassungsrechtliche Maßstäbe auf, an denen sich Politik und Gesetzgeber bei der Neubemessung der Regelsätze zu orientieren haben. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 und 20 Grundgesetz umfasst nicht nur die Erhaltung der physischen Existenz, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben („soziokulturelles Existenzminimum“). Es ist „dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden“. Das bedeutet: das Grundrecht ist nicht von einer Gegenleistung des Bedürftigen abhängig. Überzogene workfare-Modelle, wie sie die aktuelle Sozialstaatsdebatte prägen, und rigide Sanktionspraktiken bis hin zum völligen Leistungsentzug sind verfassungsrechtlich nicht haltbar. Mit der Aussage: „Ein Hilfebedürftiger darf nicht auf freiwillige Leistungen des Staates oder Dritter verwiesen werden, deren Erbringung nicht durch ein subjektives Recht des Hilfebedürftigen gewährleistet ist.“ erteilt das BVerfG einer um sich greifenden „Almosen-Sozialpolitik“ eine klare Absage. Das Grundrecht auf Existenzsicherung ist als einklagbarer Rechtsanspruch gesetzlich zu verankern. Eine Bedarfsdeckung in Tafeln, Suppenküchen, Kleiderkammern etc. erfüllt den Rechtsanspruch nicht. Als Methode der Regelsatzbemessung verlangt das BVerfG ein transparentes Verfahren, in dem alle existenznotwendigen Aufwendungen realitätsgerecht mit verlässlichen Zahlen und schlüssigen Berechnungen bemessen werden. Das praktizierte Statistikmodell hält das BVerfG grundsätzlich für geeignet. Es beanstandet aber nicht nachvollziehbare bzw. „ins Blaue“ geschätzte Abschläge bei einzelnen Verbrauchspositionen und kommt deshalb zur Verfassungswidrigkeit der darauf beruhenden Regelsatzbemessung. Auch der Anpassungsmodus, der sich bisher an der Entwicklung des aktuellen Rentenwerts orientiert, muss geändert werden, weil damit eine realitätsgerechte Fortschreibung des Existenzminimums nicht zu gewährleisten ist. Besser geeignet ist eine Hochrechnung anhand der Preisentwicklung.

Die Regelsätze für Kinder – bisher als „freihändige Setzung“ ein Prozentsatz des Eckregelsatzes – müssen eigenständig ermittelt werden. Die Bedarfsbemessung hat sich an kindlichen Entwicklungsphasen und an den Erfordernissen der Persönlichkeitsentwicklung auszurichten, insbesondere bei Schulkindern befürchtet das BVerfG ohne Deckung des altersspezifischen Bedarfs den Ausschluss von Lebenschancen. Nach DPWV-Berechnungen müssten die Kinderregelsätze um bis zu 30 Prozent angehoben werden. Weil der Regelsatz als pauschaler Festbetrag nur den statistisch ermittelten durchschnittlichen Bedarf abdecken kann, fordert das BVerfG für einen unabwiesbaren, laufenden, nicht einmaligen besonderen oder überdurchschnittlichen Bedarf eine Öffnungsklausel im SGB II. Ein Gesetzentwurf der Regierungskoalition plant, diese Härtefallregelung nur sehr restriktiv umzusetzen. Hier zeichnet sich weiterer Klärungsbedarf durch die Sozialgerichte ab. Die Neuvermessung des Existenzminimums bedarf gerade jetzt einer aufmerksamen, informierten und engagierten Öffentlichkeit.

Hans-Ulrich Weth *1948

Prof. für Recht, Verwaltung, Politik an der Evang. Hochschule Ludwigsburg.

hu.weth
@eh-ludwigsburg.de